

UMVERTEILUNG DER GELDER VON OBEN NACH UNTEN!

WEG MIT HARTZ, RÜRUP, AGENDA 2010 & Co!

Nachdem die Tarifgemeinschaft dt. Länder (TdL) die Arbeitszeitvorschriften für den Öffentlichen Dienst am 30.04.2004 gekündigt hat, ziehen immer mehr Branchen nach. Dies betrifft alle ArbeitnehmerInnen bei: Neueinstellungen, Versetzung, Statuswechsel (ArbeiterIn zu/r Angestellte/n), Verlängerung befristeter Arbeitsverträge, Höhergruppierung und bei der Übernahme von Auszubildenden.

Die Arbeitszeit steigt von 38,5 Std./Woche auf bis zu 42 Std./Wo. ohne Lohnausgleich.

Dies kommt einer Lohnkürzung von 10 % gleich!

Mehrere 100.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst in der BRD werden dadurch akut gefährdet und betriebsbedingte Kündigungen wahrscheinlicher. Das ist ein Generalangriff auf die erkämpften Rechte der gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen.

Vorreiter der Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub sind Großkonzerne wie: Daimler Chrysler, Siemens und Co. Weitere Branchen (z. B. VW & Opel) ziehen nach. Das ist „Gerechtigkeit“ unter den Gesetzen der Freien Marktwirtschaft. Sie hilft auch anderen Multinationalen Konzernen, Durchsetzung der Arbeitszeitverlängerung mit Verlagerungen der Arbeitsplätze zu erpressen. Das ist auch eine Folge, der auf europäischen Treffen vereinbarten Strategien des Kapitals. Sozialer Kahlschlag in einem Land, wird immer als Hebel benutzt für die Durchsetzung sozialer Einschnitte in einem anderen Land. So soll z. B. in Frankreich mit Verweis auf Daimler Chrysler und Siemens, die gesetzliche 35 Stunden-Woche wieder abgeschafft werden.

Die Gewerkschaften müssen die sozialen Errungenschaften mit allen Mitteln verteidigen! Nicht wir sind die „Ewiggestrigen“, sondern diejenigen, die zu den Arbeits- und Lebensbedingungen des 19. Jahrhunderts zurückkehren wollen.

ZUM LEBEN ZU WENIG, ZUM STERBEN ZUVIEL!

Die Ausweitung der sog. Minijobs im Einzelhandel hat innerhalb eines Jahres 227.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zerstört. 1/3 der Beschäftigten im Einzelhandel sind Minijobber, davon ca. 78 % Frauen. Hunderttausenden, mehrheitlich Frauen wird dadurch die Möglichkeit genommen, sich ein existenzsicherndes Einkommen und eine soziale Absicherung für die Rente zu erarbeiten.

Die neuen Minijobs (bis 400,- Euro) und Midijobs (bis 800,- Euro) werden nach neuen Berechnungen eine finanzielle Lücke in Höhe von 612 Mio. Euro in die Sozialkassen reißen.

Durch Reallohnabbau im Jahr 2003 um minus 0,4 % sinkt die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen. Kein Wunder, dass „NormalverdienerInnen“ kein Geld mehr haben, um mehr als das Notwendigste zu kaufen. Sie müssen ja auch noch ihre private Alters- und Gesundheitsvorsorge finanzieren, wenn sie es sich leisten können. Als Höhepunkt wird nun durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe der Zumutbarkeitszwang (1 EURO-Jobs) verschärft.

So soll das Jobwunder entstehen und der Binnenmarkt angekurbelt werden!?

ES GIBT ALTERNATIVEN: GELD IST GENUG DA, ES IST NUR UNGERECHT VERTEILT!

Von 1991 bis 2002 sind die Spitzenverdienste der Bosse insgesamt um 167 % erhöht worden: Z. B. verdiente 2002 Schrempp (Daimler-Chrysler) 10,8 Mio. Euro/Jahr und Ackermann (Deutsche Bank) 11 Mio. Euro/Jahr. Im Vergleich dazu sind die Löhne der ArbeitnehmerInnen im Durchschnitt um ca. 30 % gestiegen.

Der Rückgang der Ertragssteuer ist die Folge der Steuerreform der Bundesregierung mit einer beispiellosen Entlastung der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) und Spitzenverdienern. Das sind unsinnige Steuer geschenke! Die Hauptlast des staatlichen Steueraufkommens lag 2001 mit 80 % Lohnsteuerabgaben bei den ArbeitnehmerInnen. In vielen Städten zahlen Großunternehmen wie z.B. Allianz, BMW, Hypo-Vereinsbank, Infineon, MAN und Siemens 2002 keinen Cent Gewerbesteuer.

Mit 22,6 % Gesamtbelastung war Deutschland, mit Ausnahme Griechenlands, das EU-Mitgliedsland mit der niedrigsten Steuerbelastung des Kapitals unter allen 15 Mitgliedsländern der EU. (EU Durchschnitt bei 29,8 %)

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen,
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen,
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen,
Ihr sollt alles weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatscht dann mehr rein.
Wir wollen freie Wirtschaftler sein.

Wir diskutieren freie Preise und Verträge,
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen,
keine Renten und Versicherungen.
Ihr sollt Euch allesamt was schämen
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen.
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen,
wollt Ihr wohl auseinander gehen!

Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen.
Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen?

Kurt Tucholsky (1930)

UMVERTEILUNG VON OBEN NACH UNTEN!

Wiedereinführung der Vermögensteuer

Schon 1% Vermögenssteuer bei einem Freibetrag von 500.000 Euro/Jahr würden 16 Mrd. Euro/Jahr den Länderkassen bringen!

Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeiten

für Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, wenn die Konzerne gleichzeitig im Land Arbeitsplätze vernichten!

Erhöhung der Erbschafts- und Immobiliensteuer

2002 lag sie in der BRD bei 3,6 %, im Vgl. dazu liegt sie in Frankreich, Großbritannien und den USA zwischen 9 % und 12 %.

Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Durch die Senkung des Spitzensteuersatzes unter Rot-Grün bis 2005 auf 42 % steht Deutschland auf den untersten Plätzen in der Europäischen Union. 2003 war die prozentuale Besteuerung von Millionen- und Milliardengewinnen der Konzerne nur etwa halb so hoch wie die eines Durchschnittsverdieners mit 30.000 Euro/Jahr.

Arbeitsplätze statt Auslandseinsätze der Bundeswehr

Anfang 2004 sind 7300 Soldaten in 7 Ländern und Gebieten der Welt eingesetzt. Kosten: 1,4 Mrd. Euro/Jahr. Dafür könnten ca. 50.000 Arbeitsplätze im Kranken- und Altenpflegebereich finanziert werden.

Weitere Kriegs- u. Waffenausgaben für den globalen Einsatz, die zivil genutzt werden könnten:

Ab 2002 Bestellung/Planung von: 180 Eurofighter für 21 Mrd., 112 Kampfhubschrauber Tiger für 3,7 Mrd., 8 U-Boote (U 212) für 2 Mrd., 3 Fregatten (F 124) für 2,1 Mrd. – Summe: 28,8 Mrd. Euro.

Wir fordern:

- **Radikale Arbeitszeitverkürzung in Vollzeit auf 30 Std./Woche bei vollem Lohnausgleich mit entsprechenden Neueinstellungen. Verteilung der Arbeit auf alle!**
- **Vollbeschäftigung für alle, die arbeiten können.**
- **uneingeschränkte Arbeiterlaubnis für alle, egal aus welchem Land sie kommen.**
- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.**
- **EU einheitliche Tariflöhne auf der Grundlage des höchsten Standards.**
- **NEIN zur Zwangsarbeit, à la 1 Euro-Jobs!**
- **Abrüstung statt Sozialabbau - NEIN zum Krieg!**
- **Vergesellschaftung der Banken.**

Wir fordern alle dazu auf, ihre Rechte zu verteidigen und sich nichts mehr wegnehmen zu lassen.

**Ein Generalstreik ist darauf die richtige Antwort!
Wir haben nur die Rechte, die wir uns nehmen!**

Vi.S.d.P.: Gewerkschaftliches Zukunftsforum KA - aktualisiert Sept. 04

Gewerkschaftliches Zukunftsforum KA

Kein Tag vergeht, ohne dass neue Vorschläge zum Abbau hart erkämpfter sozialer Errungenschaften in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Die sogenannte Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft heißt für die Mehrheit der Menschen, es geht zurück in die soziale Unsicherheit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Konkret: Sozialabbau, Privatisierungen, Billigjobs, ethnische Spaltungen, immer schärfere soziale Ausgrenzungen und weltweite Kriege.

Ob Hartz, Rürup oder Agenda 2010 die Tatsache, dass die Maßnahmen von einer Bundesregierung aus SPD und Grünen durchgesetzt werden, hat zu einer weitgehenden Lähmung des gewerkschaftlichen Widerstandes geführt. Ein weiterer Grund für die fehlende gewerkschaftliche Mobilisierung liegt darin, dass auch viele GewerkschafterInnen in der Vergangenheit die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert haben um aus Konkurrenzgründen die Arbeit zu verbilligen. Und gerade die Senkung der Lohnnebenkosten muss heute zur Begründung für Hartz, Rürup und Agenda 2010 herhalten. Gegenwehr findet nur vereinzelt und leider nicht vernetzt statt.

Keiner von uns ist allein in der Lage, die Ausbreitung von neoliberalen Glaubenssätzen in den Köpfen auch vieler GewerkschafterInnen zu verhindern, wie z. B. „Arbeitszeitverkürzung gefährdet Arbeitsplätze“, „Privatisierung ist gut und effektiv“, „umfassende Sozial-Systeme können wir uns nicht mehr leisten“, „der Markt regelt alles am besten“, „Liberalisierung des Welthandels hilft allen“, oder die Erde ist eine Scheibe ...

Deshalb treffen wir uns als Gewerkschaftliches Zukunftsforum KA, um über einzelgewerkschaftliche und betriebliche Grenzen hinaus den Meinungs- und Gedankenaustausch zu fördern. Hier soll Platz sein für die unterschiedlichen Positionen, die es innerhalb der Gewerkschaftslinken über Perspektiven und zukünftige Wege der Gewerkschaften gibt.

Uns geht es nicht darum, immer nur auf die ständigen neoliberalen Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zu reagieren und heute das zu verteidigen, was wir gestern noch verhindern wollten. Vielmehr wollen wir insbesondere auch Alternativen zur neoliberalen Gestaltung des Arbeitslebens, der Sozialsysteme und der Gesellschaft diskutieren und entwickeln.

Wir treffen uns jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00 Uhr im DGB-Haus, Ettlingerstraße 3a, 76137 Karlsruhe

Infos und Kontakt:

E-Mail: zukunftsforum-ka@web.de

oder: Elwis Capece c/o NGG und Alfred Uhing c/o GEW,
jeweils Ettlingerstraße 3a, 76137 Karlsruhe